

Dr. Reinhold Dankel – Haushaltsrede 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hoge, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung und der Presse, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, liebe Bürgerinnen und Bürger!



Wir wollen unsere Stadt zusammen mit dem Bürgermeister, den anderen Fraktionen und im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterbringen. Nur gemeinsam können wir die Zukunft gestalten. Dies ist aber schwierig, wie die Haushaltsberatung in den Fachausschüssen zeigte.

Der durchschnittliche Bürger arbeitet heute laut Bund der Steuerzahler über die Hälfte des Jahres, um die Abgabenlast zu stemmen, die von Einkommen-, Umsatz-, Grund-, Grunderwerb-, Sekt-, Bier-, Mineralölsteuer über die EEG-Umlage, bis zu den Kanal- und Müllgebühren reicht, um nur einige wenige zu nennen. Doch Abgaben sind nicht gleich Abgaben.



Gebühren werden für eine konkrete Nutzung erhoben. Bei Gebühren hat der Bürger nicht nur einen konkreten Nutzen, er hat auch die Möglichkeit, durch sein Verhalten auszuweichen, indem er beispielsweise weniger Wasser verbraucht und dadurch weniger Kanalgebühren bezahlen muss. Bei Steuern besteht diese Möglichkeit nicht: der Bürger muss bezahlen, ohne konkrete Gegenleistung, also zum Beispiel für den Dienstwagen des Bürgermeisters oder für unsere Aufwandsentschädigungen.

Der nunmehr zur Abstimmung vorliegende Haushalt 2015 sieht aufgrund der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze und der Gewerbesteuer vor. Wo soll das noch hinführen?

Im Bund populistisch eine Mietpreisbremse beschließen und dann die Mietnebenkosten über die Grundsteuer erhöhen - ist das stimmiges Handeln? Auch wir schlucken aus Mangel an Alternativen diese „Kröte“. Es ist eine Kröte, weil die Anhebung unsozial ist. Die Grundsteuer belastet nahezu alle Haushalte, insbesondere die Mieterinnen und Mieter. Damit erhöht dieser Stadtrat alle Bruttomieten.

War somit die gesamte Haushaltsberatung eine Placebo-Veranstaltung? Es ging um Zwänge der Haushaltssicherung – die Beratung war aber auch das Ergebnis einer an den Interessen der Bürger vorbei geplanten Politik und Projekte der letzten Jahre. Viele Projekte waren so nicht notwendig, sind auf Pump gebaut worden und das wohl ohne Betrachtung der Folgekosten (Feuerwache in Borghorst, Sporthalle Burgsteinfurt, Mensen).

Einige aktuelle Themen

Websaal III: Ich möchte jetzt nicht auf das ganze Hin und Her eingehen. Nur ein Satz zum Ergebnis. Wir haben hier Geld liegen gelassen. Als FWS haben wir von Anfang an gefordert: Zuerst muss der Grundstückspreis stimmen. Dieses städtebauliche „Filetstück“ wurde leider nur verscherbelt. Beim Websaal-III beläuft sich nach unserer Berechnung der Vermögensschaden für die Stadt Steinfurt auf über 100.000 Euro.



Herr Bürgermeister, dies ist nicht zu akzeptieren! Wo haben sie in dem ganzen Durcheinander um das Websaal-III-Gelände auf die Notwendigkeit der Etatkonsolidierung hingewiesen? Unsere Widerstände gegen das Websaal-III-Geschäft – so wie es aus ihrem Hause vorangetrieben wurde – waren zwar für uns erfolglos, aber hoffentlich für Steinfurt nicht nutzlos. Denn ich hoffe, Herr Bürgermeister, alle haben im Rathaus begriffen, wir haben Filetgrundstücke nicht zu verschenken sondern zu einem marktangemessenen Preis zu verkaufen. Und dieser liegt hier weit über den von ihnen erzielten qm-Preis. Wenn bei Edeka ein Kilogramm Rinderfilet mit 42 Euro pro kg mehr kostet als hier ein qm dieses Filet-Grundstückes – dann kann doch etwas nicht stimmen.

Es ist das Vermögen unserer Bürger, das hier aufs Spiel gesetzt wird. Wir sind verpflichtet mit diesem Vermögen so sorgfältig und sparsam umzugehen, als wäre es unser „Eigenes“! Nur eine Etatkonsolidierung entlastet auf Dauer unsere Bürgerinnen und Bürger. Das muss auch die Maxime hier im Hause sein, Herr Bürgermeister!



Krankenhaus: Bei der ganzen Diskussion um den Erhalt der Krankenhäuser kann ich eigentlich nicht nachvollziehen, wieso man hier im Hause jetzt mehr oder weniger aus allen Wolken fällt.

Als in Burgsteinfurt die Krankenhaus GmbH 1995 geschlossen wurde, waren schon entsprechende Aktivitäten der Landesregierung NRW, Bezirksregierung und der Kirchen bekannt. Die Leitplanung sah bereits in den 90er Jahren weitere Schließungen von Krankenhäusern im Kreis Steinfurt vor.

Originalton Herr Müntefering (damals Gesundheitsminister NRW) bei einem Gesprächstermin mit Mitarbeitern der Chir. Abteilung (sinngemäß): „Bis 2015 wird es keine acht Krankenhäuser im Kreis Steinfurt mehr geben. Sie können von Glück sagen, dass Sie so lange im Krankenhaus Burgsteinfurt arbeiten konnten.“

Aber letztendlich heißt es ja nicht, dass die Krankenhäuser geschlossen werden müssen, man wird sie unter einem anderen Träger mit Sicherheit weiterführen können. Das Mathias Spital Rheine macht es doch vor! Ochtrup, Bentheim, Ibbenbüren, Mettingen etc., sind alles Häuser die noch laufen, wenn auch unter Mathias Stiftung, aber weiterhin existieren, wenn auch mit eingeschränktem oder anderem Angebot!

Ich muss aber ganz deutlich sagen, Jeder Patient hat das Recht auf eine Optimale medizinische Versorgung nach geltendem Standard!

Asylanten: In 2015 werden wir uns weiter der Frage der Unterbringung von Asylanten stellen müssen. Auch wenn viele die Gründe der Asylsuchenden nicht nachvollziehen können, so sind dies doch Menschen, die ihr Land und ihre Heimat verlassen – und bestimmt nicht freiwillig. Diese Menschen werden Unterkünfte benötigen und es ist schon ein wenig fragwürdig, hört man die Vorgabe für den Platz, der



Flüchtlingswohnungen am Wilmsberger Weg
Foto: Westfälische Nachrichten (wn.de)

diesen pro Person zur Verfügung gestellt werden muss. Es sind noch nicht einmal 6qm – jeder kann sich selbst ein Bild davon machen, was im eigenen Land passieren muss, dass man bereit ist, solch eine Enge in Kauf zu nehmen. Bezüglich der Zuschüsse für die Unterbringungen und für die Kosten der Lebensunterhaltung sind wir als Kommune am untersten Ende eines Verteilersystems, das uns ziemlich im „Regen“ stehen lässt.

Auch wir Freien Wähler werden uns dieser Herausforderung stellen.

Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpa NRW): Wer auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt, wer mehr verbraucht, als die Bürger und Unternehmen herbeischaffen können, der vermehrt nicht, der vermindert den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger. Darum ist es für die FWS ein Problem des Nichtwollens, wenn wir die entsprechende Handlungsempfehlungen der gpa NRW nicht umzusetzen.



Die FWS-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatung beantragt, dass die Empfehlungen und Konsolidierungsmöglichkeiten zu den Finanzen (gpa NRW, Präsentation Seite 11 bis Seite 13) von den Fachämtern bis zum Ende des 3. Quartals 2015 umzusetzen sind. Falls diese Umsetzung nicht möglich ist, hat das jeweilige Fachamt zu belegen, warum nicht. Ebenso ist mit den Empfehlungen zum Thema „Grünflächen“ (gpa NRW, Präsentation Seite 27 bis Seite 30) zu verfahren.

Für die FWS ist klar, eine Etatkonsolidierung kann nicht dadurch erreicht werden, dass Einsparungen in bestimmten Bereichen kategorisch ausgeschlossen werden, sondern in der mittelfristigen Haushaltsplanung müssen zumindest alle Optionen auf ihren Einspareffekt geprüft werden.

Dazu gehört auch, dass die Möglichkeiten einer mittelfristigen Standortreduzierung im Schulbereich zeitnah geprüft werden.

Auch muss in den Bereichen Personal, Gebäudewirtschaft und des Baubetriebshofes nach Einsparungen gesucht werden.

Um die Finanzsituation zu verbessern ist bei der nächsten Entscheidung über Gewinne der Kreissparkasse Steinfurt auf eine Ausschüttung an die Träger, u.a. die Stadt Steinfurt, hinzuwirken.

SMarT: Positiv hervorheben möchte ich hier die Schnittstelle SMarT und Verwaltung im alten Rathaus in Burgsteinfurt. Der Steinfurter Marketing- und Tourismusverein (SMarT) hat mit der personellen Verstärkung durch die Stadtverwaltung (durch Frau Karin Grave) die Rahmenbedingungen geschaffen, dass gemeinsame Aufgaben in enger Partnerschaft gesehen und bearbeitet werden können. Beteiligte direkt mit ins Boot zu holen, ist hier die Botschaft, die wir uns auch auf anderen Gebieten vorstellen können, z.B. städtischer Bauhof, Kreisbauhof, private Lohnunternehmungen, usw.



Ehrenamt: Unsere Gemeinde ist lebens- und liebenswert. Dazu trägt auch unser vielfältiges Vereinswesen bei. Gerne unterstützen wir alle Vereine im Rahmen der Richtlinien und bedanken uns bei allen Ehrenamtlichen für ihren Einsatz. Konkret möchten wir unsere Sportvereine mit der Abschaffung der Sportstättennutzungsgebühr unterstützen. Leider fanden wir für diesen Vorschlag bisher keine Mehrheit.

Quintessenz: Schon vor Jahren haben wir vorgeschlagen -und das ist heute notwendiger denn je-:

- Personalkosten zu sparen,
- Standards zurückfahren,
- für alle Baumaßnahmen eine Alternativplanung, in der die Standards geringer ausgewiesen sind und eine detailliert ausgewiesene Folgekostenrechnung für zehn Jahre.

Bei allen Investitionen muss kritisch hinterfragt werden: Brauchen wir dieses Projekt? Geraten wir in eine Zuschussfalle?



Im Zusammenhang mit den Investitionen ist es zwingend erforderlich, dass wir Aufträge für Leistungen so kostengünstig wie möglich vergeben. Schauen wir jedoch in das Vergabeportal des Landes, ist die Stadt Steinfurt

nur im Ausnahmefall mit einer öffentlichen Ausschreibung vertreten. In der Stadt Steinfurt wird fast alles beschränkt oder gar nicht ausgeschrieben, also freihändig vergeben. Für Planungsleistungen haben wir in den letzten Jahren seitens der Verwaltung keinerlei Ausschreibungen registrieren können.

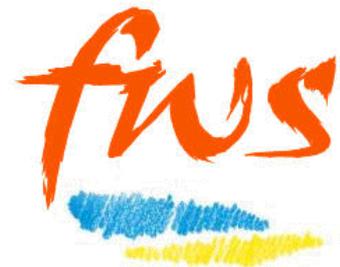
Nach unserer Auffassung ist es notwendig, im Sinne der notwendigen Haushaltssanierung, dass auch die Stadt Steinfurt die Vergabe von Leistungen konsequent öffentlich ausschreibt. Planungsleistungen, die nicht von der Verwaltung durchgeführt werden können, sind jedoch nach unsere Meinung immer auszuschreiben, da wir eine Behinderung des Wettbewerbes sehen, wenn dies nicht erfolgt.

Wir müssen unseren Haushalt in Ordnung bringen, das ist unser oberstes Ziel.

Das war auch die Kernaussage der Antrittsrede vom Bürgermeister Hoge, vielleicht wird das auch seine kommende Wahlaussage.

Wir werden den Ergebnissen der Beratung - dem Haushaltsplan für das Jahr 2015 – mangels Alternativen, zustimmen.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Rathaus und allen Anwesenden, für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.



...dem Bürger verpflichtet!

Vielen Dank!